Donnerstag, den 1. Dezember 1921.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

93. Jahrgang. — Nr. 281.

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 8.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk., monatlich 8.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen hatte die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11. Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3693.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 50 Pfg., Familienanzeigen 40 Pfg., Stellengesuche 35 Pfg., außerhalb 60 Pfg. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite. für 1 mm Höhe 2.70 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Der Auftakt des Parteitages.

TU. Stuttgart, 30. Nov. Der vierte ordentliche Parteitag der Deutschen Volkspartei, der morgen in Stuttgart eröffnet werden soll, wurde heute durch eine

Sitzung des Zentralvorstandes

eingeleitet, die aus allen Teilen des Reiches außerordentlich gut beschickt war. Man sah u. a.

den Ehrenvorsitzenden der Partei, Dr. Vogel, Dresden,

den preußischen Kultusminister Dr. Boelitz,

die Reichstagsabgeordneten Geheimrat Kahl, Dr. Heintze, Kempkes, Frau Mende und v. Kardorff.

An Stelle des durch eine leichte Erkrankung verhinderten Vorsitzenden der Partei, des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, der aber morgen erwartet wird, leitete der preußische Finanzminister Dr. v. Richter die Verhandlungen.

Das einleitende Referat über die politische Lage hielt Abg. Dr. Hugo. Eine ausgedehnte Aussprache schloß sich an.

Das Reichskabinett und die Teuerung.

Das Reichskabinett beendete Dienstag nachmittag unter Teilnahme der preußischen Minister seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage. In Ergänzung und Verschärfung der bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers soll den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich ein Antrag unterbreitet werden, der die

Veröffentlichung sämtlicher Urteile wegen Schleichhandels und Preistreiberei

durch die Presse vorsieht; bei Verurteilung wegen schwerer Fälle (Gefängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung durch Anschlag vorgesehen.

Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, wie sie in manchen Städten bereits gebildet worden sind. Diesen Kommissionen sollen neben den Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die

Preisprüfungsstellen

werden alsbald Anweisung zu entschiedenerem Vorgehen gegen den Wucher erhalten. Zur Besserung der

Milchversorgung

werden im Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für 1920/21 400 Millionen Mark bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besonders Not leidet, d. h. der Milchbedarf nur bis zu einem bestimmten noch festzusetzenden Bruchteil gedeckt ist. Von den 400 Millionen Mark sollen bis zu ein Drittel von den in Betracht kommenden Ländern und Gemeinden aufgebracht werden. Soweit die Gemeinden hierzu nicht in der Lage sind, soll das Reich auch die von den Gemeinden nicht aufzubringenden Teile übernehmen. Den Gemeinden soll in der Verwendung der Mittel innerhalb der festen Bestimmung freie Hand gelassen werden, jedoch sind die Gemeinden darauf hingewiesen, daß sich als Weg zur Besserung der Milchversorgung, soweit sie unter ungenügender Anlieferung leiden, vielfach andere der Ankauf von Futter, vor allem von ausländischem Kraftfutter und verbilligtes Abgeben solchen Futters an die Kuhhalter empfiehlt, welche die Gemeinden beliefern, und bei denen, wie z. B. bei den gemeindlichen Abmelkwirtschaften eine Sicherheit dafür geschaffen werden kann, daß die Mehrerzeugung von Milch auch den Gemeinden zugute kommt.

Die Genfer Internationale Arbeitskonferenz beim Reichskanzler.

w. Berlin, 30. Nov. Der Reichskanzler empfing in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Mitglieder der Genfer Internationalen Arbeitskonferenz, die zurzeit in Deutschland weilen, um sich einen Einblick in die durch die neue Forderung der Internationalen Kommission geschaffenen Lage der Deutschen Werke zu verschaffen. Die Abordnung der Arbeitskonferenz setzt sich zusammen aus Vertretern der englischen, kanadischen, südafrikanischen, französischen, belgischen, japanischen, brasilianischen, schweizerischen, schwedischen und spanischen Gewerkschaften, denen sich ein amerikanischer Handelskammervertreter angeschlossen hatte.

An dem geselligen Zusammensein nahmen noch teil: Der Vizekanzler und Reichsschatzminister Bauer, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichstagspräsident Loebe, als Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Herren Leipart, Graßmann und Kunze. Die Direktion der Deutschen Werke war durch die Herren Funke und Hauser vertreten. Auch einige Vertreter der Reichsressorts nahmen daran teil.

Die Kredithilfe der Industrie.

In der Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie erstattete Hugo Stinnes eingehend Bericht über seine Londoner Besprechungen. Es schloß sich daran eine eingehende Aussprache über die Kreditaktion der Industrie im Zusammenhang mit der Frage einer ausländischen Anleihe. Man kam schließlich dahin überein, den geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, Geheimrat Büchner, zum Reichskanzler zu entsenden, um ihm mitzuteilen,

daß der Reichsverband mit dem Vorschlag Dr. Wirths einverstanden sei, eine aus Mitgliedern der Industrie und der Finanz gewählte Kommission von sechs Herren mit den englisch-amerikanischen Wirtschaftskreisen über die Finanzfragen in Verbindung treten zu lassen. Die Kommission selbst wird von Dr. Wirth bestimmt werden.

Steuerforderungen rheinisch-westfälischer Sozialisten.

Folgende Entschließung des Bezirksbeirates der Betriebsräte für Rheinland, Westfalen und Lippe wurde dem Reichskanzler, den zuständigen Ministern und dem Präsidium des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zugestellt:

„Die ungeheure Geldentwertung macht es den Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben der Erzielung höherer Löhne, welche der wirklichen Teuerung angepaßt sein müssen, den Ursachen der Nöte nachzugehen. Die Hauptursache liegt ohne Zweifel in der Erfüllung der uns durch den Friedensvertrag ohne Rücksicht auf unsere Leistungsfähigkeit auferlegten Lasten. Der Geldbedarf wird in der Hauptsache durch die Notenpresse befriedigt. Der Bezirksbeirat erblickt in der Erfüllung der vom A. D. G. B. und der Afa aufgestellten 10 Wirtschafts- und Steuerforderungen die einzige Möglichkeit, aus dieser unhaltbaren Zustande herauszukommen. Diese 10 Forderungen werden als Mindestforderungen aufgefaßt. Der Bezirksbeirat verlangt von allen in Frage kommenden Ministerien und Regierungsstellen, daß man endlich Schluß gemacht wird mit äußeren Verhandlungen über Kredithilfe der Industrie. Wenn die Industrie selbst so dem Reiche helfen wollte, hätte sie dies längst tun können. Statt dessen werden unerfüllbare Bedingungen an die freiwillige Hilfe gestellt. Deshalb verlangt der Bezirksbeirat gesetzgeberische Maßnahmen, die dem Reiche aus den kapitalkräftigen Kreisen sichere Einnahmen verschaffen zur Deckung der notwendigen Ausgaben."

Die Entschließung der freien Gewerkschaften zeigt, wie wenig klar sich diese Kreise über die tatsächlichen Außenmaße industrieller Kredithilfe und Steuerzahlungsfähigkeit, gemessen an den Goldmarkforderungen der Entente, sind, um einen Weg für Erfüllung der Reparationen und zur Stopfung der Notenpresse in nachhaltiger Form in ihnen zu sehen.

Die Internationalisierung der Donau.

München, 29. Nov. Die Mitglieder der internationalen Donaukommission, in der alle Uferstaaten und auch andere Länder der Entente vertreten sind, sind gestern vormittag zur Eröffnung der offiziellen Beratungen in der ehemals preußischen Gesandtschaft in der Prinzregenten-Straße zusammengetreten. Namens der bayrischen Regierung begrüßte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld die Anwesenden, worauf der Präsident der Kommission, der italienische Gesandte Rosetti, dankte. Darauf wurde in die Beratungen eingetreten, die sich mit außerordentlich umfangreichem Material, insbesondere mit den Bayern berührenden Fragen der internationalisierten Donau zu befassen haben und voraussichtlich bis Mitte Dezember dauern werden.

Auf der Tagesordnung der internationalen Donaukommission kommen folgende Gegenstände zur Beratung: Ein Entwurf der bayrischen Regierung betr. Regelung ihres Stromabschnittes, die Schiffahrt auf dem Orsova-Abschnitt mit zu Tanks umgestalteten Schleppern, die Dauer der Schiffahrt, die auf den Donaudampfern verbrannten Kohlen, mehrere praktische Fragen, die Anwendung des Donaustatuts, die Schiffahrtsgebühren, die Liquidierung des Kohlendienstes der Kommission, die Organisation des Nachrichtendienstes für die Schiffahrt, die Strombaggerungsarbeiten auf der internationalisierten Donau, der hydrometrische Dienst, die Einteilung des Donauufers nach Kilometern und schließlich die Feststellung des nächstjährigen Kostenvoranschlages für das Eiserne Tor.

Deutschland und Argentinien.

w. Berlin, 30. Nov. Gestern mittag empfing der Reichspräsident den argentinischen Politiker Dr. Oynanarte im Beisein des argentinischen Gesandten Dr. Molina in längerer Audienz. In der Unterhaltung gab Dr. Oynanarte erneut seiner Bewunderung für Deutschland Ausdruck, einem Gefühl, das vom ganzen argentinischen Volke geteilt werde.

Die „Schuld an die Menschheit".

—* London, 30. Nov. In einer Rede in Newyork erklärte der amerikanische Finanzmann Frank Vanderlip, die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten für die Wiederherstellung Europas verwandt werden. Jedermann außer Frankreich gebe zu, daß die Deutschland auferlegten Reparationen undurchführbar sind. Wenn die Reparationsbedingungen nicht wesentlich abgeändert würden, so würde Deutschland finanziell zusammenbrechen. Es sei den Alliierten ebenso unmöglich, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, wie es Deutschland unmöglich sei, seine Schulden an die Alliierten zu entrichten. Die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten daher in eine Schuld an die Menschheit umgewandelt werden.

Um die Zahlung der nächsten Rate.

Wozu das Ausland die Sozialdemokratie benutzen will.

Sir Bradbury, der englische Vertreter im Wiederherstellungsausschuß hat seiner Regierung einen Bericht erstattet, den zunächst nur die „Daily Mail" im Auszug wiedergibt. Gleichzeitig werden Aeußerungen des französischen Finanzpolitikers Seydoux bekannt, der behauptet, daß Deutschland die nächste Rate zahlen könne. Weiter behauptet Seydoux, daß die deutsche Regierung tätig sei, nichts dagegen unternehme, daß die Deutschen im Ausland Devisen aufhäuften. Bradbury dagegen meint, die deutschen Finanzen seien in Ordnung zu bringen, wenn die Notenpresse stillgelegt werde; um dafür die reichen Großindustriellen stärker heranzuziehen. Ob Bradbury wirklich diese Ausführungen gemacht hat, läßt sich nicht feststellen. Er würde dann ganz in die Kerbe der deutschen Sozialisten hauen, die unablässig die Erfassung der Sachwerte fordern. Der Franzose Seydoux macht sich die Sache noch leichter als der Engländer Bradbury. Nun ist der Kern der ganzen Frage doch wohl, ob Deutschland die fällige Januarrate zahlen kann, ohne seine Finanzen und seine Wirtschaft zu zerstören.

Wenn Seydoux auf die Devisenbestände bei fremden Banken verweist, so ist ihm darauf zu sagen, daß es sich zum größten Teil um Beträge handelt, mit denen wir die deutschen Rohstoffeinkäufe sicherstellen müssen. Die deutsche Industrie ist zum Beispiel gezwungen, 80 v. H. ihres Eisenerzbedarfes aus dem Ausland einzuführen. Auch die Textilindustrie muß ihre Rohstoffe aus dem Ausland herbeischaffen. Dafür sind erhebliche Summen erforderlich, wofür auch die Franzosen und Engländer ein Verständnis haben dürften. Denn die Sicherung des Rohstoffbezugs ist die Voraussetzung, daß die deutsche Industrie überhaupt arbeiten kann. Diese Sicherung ist in Frage gestellt, sobald für die ausländischen Rohstoffe die Deckung in Auslandsdevisen fehlt.

Daß bei der Ansammlung von Auslandsdevisen auch Kapitalfluchtzwecke eine Rolle spielen, soll nicht bestritten werden. Allein, wenn sich diese Summe erfassen ließ, so würde sie

nicht entfernt ausreichen,

um die fällige Januarrate zu bezahlen. Dabei ist noch garnicht berücksichtigt, daß ausländische Finanzkapitalisten in Deutschland in Devisen anlegen, was sich unter Umständen mit großen Gewinnen bewerkstelligen läßt. Wenn Seydoux alle deutschen Auslandsguthaben beschlagnahmt wissen will, dann möge er angeben, womit die deutsche Industrie im Frühjahr ihre Rohstoffeinkäufe decken soll.

Nun enthält der Auszug des Gutachtens von Bradbury auch den Satz, daß Deutschland seine Wiederherstellungszahlungen in Form von Warenlieferungen zahlen wolle, eine Anregung, die auch französische Sachverständige zugestimmt hätten. Ob Frankreich auch darauf eingeht, ist nach den Erfahrungen von Wiesbaden sehr zweifelhaft. Es kommt doch darauf an, wie hoch diese Warenlieferungen sind, da diese doch irgendwie im Inland bezahlt werden müssen. Bradbury verweist auf die Besteuerung der „reichen" Großindustriellen.

Das ist eine echt englische Finte. Denn Bradbury weiß, daß die Gewinne der Industrie auch neues Betriebskapital sind. An der Bildung dieses neuen Kapitals hat England kein Interesse, weil es fürchtet, daß sich dann der deutsche Wettbewerb im Ausland wieder stärker bemerkbar machen dürfte. Deshalb hat auch der Bund der englischen Industriellen die deutsche Wirtschaft nur zur Werkstatt umbilden wollen, in der gearbeitet wird, während der Nutzen dem Auslandskapital zufließt. Hier sehen also die deutschen Arbeitor, wie die Vorschläge der englischen und französischen Sachverständigen mit der Forderung der Sozialisten zusammenfallen, die Sachwerte zu erfassen. Während es für uns darauf ankommt, durch Steigerung der Erzeugung unsere Wirtschaft und unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, bedeutet die Erfassung der Sachwerte wirtschaftspolitisch nichts anderes, als die deutsche Industrie dem Auslandskapital auszuliefern. Der deutsche Führerwille, der deutsche Unternehmungsgeist würden dann vollständig ausgeschaltet.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

In diesen Tagen tritt in Stuttgart der Parteitag der Deutschen Volkspartei zusammen. Es schwebte ein eigener Stern über diesem Parteitage, zweimal mußte er vertagt werden, das erste Mal unter dem Eindruck, den die Auswertung des Erzberger-Mordes durch die Sozialdemokratie hervorrief, das andere Mal unter dem Eindruck der oberschlesischen Katastrophe, die eine völlige Neueinstellung der deutschen Politik bedingte. Es wird aller Voraussicht nach eine ernste, schwerwiegende Tagung in Stuttgart werden, eine Tagung, die einschneidend in das innerpolitische Wogen und Treiben des neuen Deutschland eins, die weit über den Kreis der deutsch-volksparteilichen Parteifreunde hinausgreifen wird. Görlitz, Bremen und nunmehr Stuttgart bilden ohne jeden Zweifel Marksteine in dem Prozeß der schweren, politischen Gärungen, die den deutschen Volkskörper seit dem unglückseligen November 1918 heimsuchen. Der sozialdemokratische Parteitag in Görlitz war trotz seiner parteitaktisch geschickten Aufmachung nicht in der Lage, zu einer Klärung der schweren innerpolitischen Krise wesentlich beizutragen, der demokratische Parteitag in Bremen bildete in seinem ureigenen Wesenskerne nur einen Zusammenprall der verschiedenen Strömungen, die sich in der demokratischen Partei zusammengefunden haben, ohne ein allgemein brauchbares, greifbares Resultat zeitigen zu können. Wie wird es mit Stuttgart ausschauen? Wird es der Deutschen Volkspartei gelingen, in diesem bösen Prozesse der innerpolitischen Gärungen bessere Resultate zu erzielen, wie sie z. B. Bremen hervorgebracht, wie sie Görlitz aus Rücksicht auf die Massen vereitelt hat? Mit berechtigtem Stolze kann die Deutsche Volkspartei auf ihren Parteitag nach Stuttgart ziehen. Es ist ein erfreulicher Weg, den diese Partei der praktischen Politik, diese Partei der gegebenen Gegenwartspolitik über Jena, Leipzig und Nürnberg bis zum heutigen Wendepunkt zurückgelegt hat. Das kleine Häuflein, das 1919 in Weimar geflissentlich übersehen wurde, hat sich zu einer Vertretung des nichtsozialdemokratischen Staatsbürgertums entwickelt, die nicht nur zahlenmäßig die demokratische Partei weit überflügelt hat, die noch mehr, einen solchen Fundus geistiger Aufbaukräfte in sich birgt, daß ohne diese Deutsche Volkspartei schlechtweg selbst die jetzige neudeutsche Politik nicht mehr gemacht werden kann.

Der eigentliche Kernpunkt der Stuttgarter Tagung ist ohne jeden Zweifel die große Regierungskoalition, die Linie von Scheidemann zu Stresemann, die schon in der alten nationalliberalen Partei unter dem Schlagworte von Bassermann zu Bebel eine große, vielumstrittene Rolle gespielt hat. Die in Görlitz offensichtlich betriebenen Bestrebungen einer großen Regierungskoalition im Reiche sind vor der Hand nicht ohne Schuld der sozialdemokratischen Partei selbst, die ihre Görlitzer Beschlüsse nachträglich in Praxis umrevidierte, gescheitert; indessen ist gewissermaßen als Vorstufe dieser Regierungskoalition im Reiche eine solche in Preußen gebildet worden. Die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der breiten Wählermassen der Deutschen Volkspartei mit dieser Bindung in Preußen, die den unangenehmen Beigeschmack der sozialdemokratischen Minister Braun und Severing hat, ist der eigentliche Kern der Stuttgarter Parteitagung. Es kann und darf nicht geleugnet werden, daß die Meinungen über diesen Fall sehr geteilt sind, und zwar mit Recht. Eine falsche Politik auf diesem Gebiete ist geeignet, der Deutschen Volkspartei, dem gegebenen Rückgrat des staatsbürgerlich denkenden Bürgertums verhängnisvoll zu werden. Ist doch schließlich letzten Endes die falsche Einstellung und Bewertung der sozialdemokratischen Politik der Schlüsselpunkt für das klägliche Fiasko der demokratischen Partei in diesen Tagen. Es ist dies — darüber wollen wir uns keinem Zweifel hingeben — eine Frage, die mit aller gründlichen Nüchternheit bis in ihre letzten Schlußfolgerungen hinein erwogen und erörtert werden muß. Man kann bei der unbestrittenen Stärke an geistigen und wirtschaftlichen Persönlichkeiten, über die gerade die Deutsche Volkspartei verfügt, es auch, weit über den eigenen Parteistandpunkt hinaus, vom rein vaterländischen Standpunkte aus nur mit Freuden begrüßen, wenn diese brennende Frage der neudeutschen Gegenwartspolitik in Stuttgart eine recht eingehende Würdigung und Erörterung findet. Der realpolitische Sinn und das auf Realpolitik eingestellte diplomatische Geschick nicht nur der Führer, sondern der überwiegenden Zahl der Politiker, die sich um

die Fahne der Deutschen Volkspartei scharen, bürgt dafür, daß auf dieser Stuttgarter Tagung für die nicht sozialdemokratisch orientierte Politik Richtlinien geschaffen werden, die sicherlich unserem innerpolitisch wie außenpolitisch so arg zerklüfteten Vaterlande zum Segen gereichen werden.

Für alle die, die auf dem Boden einer praktischen Gegenwartspolitik stehen und die den sittlichen wie materiellen Wiederaufbau unseres Vaterlandes als das erste Erfordernis ihrer Politik halten, steht ohne jeden Zweifel fest, daß in den gegenwärtigen Notzeiten eine breite Regierungsbasis aller Volksschichten mit Einschluß der Sozialdemokratie, deren Staatsziele außerhalb der bürgerlichen Staatsauffassung stehen, anzustreben ist. Es steht ferner fest, daß für dieses dringende Erfordernis der gegenwärtigen Zeit Opfer, zum Teil sogar sehr empfindliche Opfer, gebracht werden müssen; es steht schließlich ebenfalls fest, daß es eine böse Verkennung der Vertretungspflichten gegenüber dem nicht sozialdemokratischen Staatsbürgertum sein würde, schmollend beiseite zu stehen, weil bei einem derartigen, durch die Not der Zeit gebotenen Kompromiß nicht alle an sich wohlberechtigten Forderungen des nicht sozialdemokratisch denkenden Bürgertums von vornherein ihre glatte Berücksichtigung finden können. Diesen Selbstverständlichkeiten gegenüber steht die sozialdemokratische Ungehörigkeit in der bürgerlichen Republik Deutschland, alle Regierungskompromisse mit Nichtsozialdemokraten als eine Etappe auf dem Wege zum rein sozialdemokratischen Staat anzusprechen. Unangenehm unterstützt wird in dem neuen Deutschland nach 1918 diese sozialdemokratische Ungehörigkeit durch die feige Furcht der sozialdemokratischen Führer vor ihren Massen, eine Furcht, die um so augenfälliger in Erscheinung tritt, als das ganze Staatselend seit 1918 sich als nichts weiter als die ein Zusammenbruch der sozialdemokratischen Lehren im praktischen Staatskörper gezeigt hat. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß die Deutsche Volkspartei eine Vertretung des bürgerlichen Staatsbürgertums ist, daß sie bereit ist, als Vertretern einer gesunden Realpolitik auch mit der Sozialdemokratie in der Regierung mitzuarbeiten, daß aber alle ihre aus realpolitischem Sinne gemachten Konzessionen eine Grenze finden müssen bei Bestrebungen, den bürgerlichen Staat zu zertrümmern und an seine Stelle das nebelhafte Gebilde des rein sozialistischen Staates zu setzen. Es ist eine ebensolche glatte Selbstverständlichkeit, daß alle Konzessionen eine Grenze finden an der Anmaßung der Sozialdemokratie, bei einer Koalition die allein maßgebende, führende Rolle spielen zu wollen.

Es gibt Kreise auch in den Reihen unserer Parteifreunde, die sich in dieser Hinsicht an die Minister Braun und Severing stoßen und fürchten, diesen Ministern gegenüber könnten die Regierungsmitglieder der Deutschen Volkspartei eine gesunde Bürgerpolitik der Stunde nicht durchsetzen. Wir von unserem Standpunkte teilen diese Ansicht nicht, begrüßen aber eine Erörterung dieser Frage in allen Einzelheiten mit Freuden. Möge der Stuttgarter Parteitag der Deutschen Volkspartei uns ein gut Stück Weges weiter bringen unserem Ziele entgegen, dem Ziele einer Erneuerung unseres schwer geprüften Vaterlandes. K—r.

Der neue Berliner Streik.

Berlin, 30. Nov. Die Reichshauptstadt kann sich wahrlich nicht zu beklagen; für Abwechselung und In-Spannunghaltung der Gemüter sorgt immer wieder das liebe werktätige Volk, das ja nach der Revolution viel leichter nach Gutdünken schalten und walten darf als jemals vorher. Heute nachmittag plötzlich stockte wieder mit einem Schlage der Verkehr auf allen Straßen, weil die

Streikbewegung der städtischen kaufmännischen Angestellten

ganz unerwartet eine Wendung angenommen hat, die allerdings, wenn man die psychische Verfassung des Volkes kennt, vorauszusehen war. Obwohl gestern erst die an der Lohnbewegung der kaufmännischen Angestellten nichtbeteiligten technischen Angestellten in einer großen Versammlung erst beschlossen hatten, sich einem eventuellen Streik der kaufmännischen Angestellten nicht anzuschließen, hat diese Angestelltenkategorie heute plötzlich ihren gestrigen Beschluß wieder umgestoßen und um zwei Uhr nachmittags wurde demgemäß in den städtischen Werken auch von ihr die Arbeit niedergelegt. Innere Ursachen für diesen Schritt der Techniker sind nicht vorhanden, sondern bezeichnender Weise nur ein äußerer Anstoß, der aber vollauf genügte, aus dem Grunde, weil er von behördlicher Seite ausgegangen war. Der Demobilmachungskommissar hat nämlich heute morgen beschlossen, den am 2. November für die städtischen Angestellten gefällten Schiedsspruch für beide Teile als rechtsverbindlich zu erklären, und von einer Behörde lassen sich unsere „sozial" aufgeklärten Berliner Arbeitnehmer natürlich nichts vorschreiben.

Wir erleben also wieder einmal das erhebende Schauspiel, das wir erst vor kurzem fast zur Neige haben durchkosten müssen, daß der

gesamte Berliner Personenverkehr

auf die Stadtbahn und die paar Autoomnibusse beschränkt bleibt, abgesehen von den Taxametern mit natürlicher oder maschineller Pferdekraft, für die jetzt wieder das Glück in vervielfachter Taxe zu blühen beginnt. Die unermeßlichen Schädigungen, die aus dieser wilden Bewegung der technischen Angestellten wiederum für das gesamte Berliner Gewerbe und auch für den Fremdenverkehr entstehen, fallen dabei nicht einmal so ins Gewicht, wie die beträchtlichen Verluste, die der ohnehin durch die sozialistische Mißwirtschaft der letzten Zeit arg mitgenommene Stadtsäckel nach Ablauf dieser Bewegung wird buchen können. Wie lange der Streik andauern wird, hängt, wie meistens in solchen Fällen, lediglich von der Einsichtsfähigkeit der Streikenden ab; ob sich ihm die Arbeiter der städtischen Werke, die ebenfalls in schwierigen Lohnverhandlungen mit dem von allen Seiten bedrängten Magistrat stehen, anschließen werden, steht noch dahin; zweifellos wird unsere linksradikale Presse mit ihren gewohnten Hetzmitteln versuchen, das Chaos durch Miteinbeziehung auch der Arbeiter vollzumachen.

Die Wohnungsnot.

Preußischer Landtag.

77. Sitzung vom Mittwoch, den 30. Nov., mittags 12 Uhr.

Die Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch wird angenommen.

Das Haus setzt sodann die Debatte über den

Etat der Volkswohlfahrt

fort.

Abg. **Meier-Solingen** (Soz.) bittet um Aufhebung der den Wohnungsbau hemmenden polizeilichen Bestimmungen.

Abg. **Stuhrmann** (Dnl.) tritt für Professor Brunner und seinen Kampf um eine neue Sittlichkeit ein. Die Wohnungsnot sei nicht etwa eine Mieternot, sondern auch eine Hausbesitzernot. Fahre das Ministerium in dieser Beziehung auf dem bisherigen Wege fort, so muß das zu einer Verelendung des Hausbesitzerstandes führen. Bei der Erwerbsnot der Hand- und Kopfarbeiter handelt es sich nicht bloß um wirtschaftliche, sondern auch um sittliche Probleme, indem ganze Familien zerrüttet werden. Hier bildet sich ein fünfter sozialer Stand, das wirkliche Proletariat, heraus, und schafft uns ein neues Volksproblem für die sozialen Reformen. Redner bricht eine Lanze für den christlichen Sozialismus, nicht Marxismus, das Ziel der deutschnationalen Partei. (Protest links.)

Abg. **Engberding** (D. Vp.): Da das im Grundbesitz angelegte Kapital eine mäßige Verzinsung bringen muß, so muß die Miete unbedingt erhöht werden. Gegen die Sozialisierungsbestrebungen des Abgeordneten Mayer erkläre er sich ganz entschieden. Der Mieterrat mache dem Hausbesitzer so schon das Leben schwer genug.

Abg. **Koenig-Weißenfeld** (Komm.) begründet den Antrag seiner Partei auf Beschlagnahme der Wohnungen, Sozialisierung der für Beschaffung des Rohmaterials für Neubauten erforderlichen Betriebe und Errichtung von Wohnungen auf Staatskosten im Gartenhausstil unter Ausschuß privater Bauunternehmer, event. Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes usw.

Abg. **Höpker-Aschoff** (Dem.): auch wir erwarten von der Freigabe des Wohnungsbaues keine Belebung der Bautätigkeit. Aber wir möchten den Boden für die freie Bautätigkeit durch Beseitigung aller sonstigen Hemmungen ebnen.

Abg. **Dr. Quaatzram** (Dnl.) begründet zur Hebung der Volkswohlfahrt mehrere Anträge auf Hebung der körperlichen Ausbildung unserer Jugend, auf Anlage von Spielplätzen durch Kreise und Gemeinden mit Hilfe staatlicher Zuschüsse sowie auf Anwendung der im Kapitel Jugendwohlfahrt vorgesehenen Mittel auch für nervöse Kinder. Redner wendet sich gegen die Sozialisierung des Aerztestandes, aber für die Erhaltung der privaten Fürsorgeanstalten.

Minister **Hirsch** führt u. a. aus, daß der Kampf gegen den Schmutz in Wort und Bild unter die Zuständigkeit des Innenministeriums und des Berliner Polizeipräsidiums falle. Das Hebammengesetz werde mit größter Beschleunigung vorgelegt werden.

Nächste Sitzung: Dienstag, 6. Dez., 1 Uhr: Kleine Anfragen.

Der englische Abgeordnete Keuworthy, der augenblicklich in Berlin weilt, hat am vergangenen Sonntag erst in einem Interview darauf hingewiesen, daß man sich in Deutschland über die deutsche Zahlungsfähigkeit bei einem Weltgüteraustausch den Kopf nicht zu zerbrechen brauche, da Deutschland durch die Arbeit seiner fleißigen Arbeiter vollauf alle Ansprüche befriedigen könne; höchst wahrscheinlich wird er bei seiner Abreise aus Berlin jedoch ein ganz anderes Bild über den deutschen Arbeiter mitnehmen.

Berlin, 30. Nov. Aufgrund der zwischen dem Magistrat und den Werksangestellten erzielten Einigung wurde die elektrische Stromversorgung Berlins wieder in Gang gesetzt, sodaß es Mitternachts wieder Licht gab.

Die kommunistischen Pläne.

Der **Staatskommissar für öffentliche Ordnung** gibt folgendes bekannt:

Das bei der kommunistischen Abg. Klara Zetkin bei ihrer Reise nach Moskau beschlagnahmte dokumentarische Material gelangte am 8. Juli in die Hände des Staatskommissars für öffentliche Ordnung und wurde nach sorgfältiger Durchprüfung und weiteren Nachforschungen am 16. August dem Oberreichsanwalt in Leipzig zur Einleitung der Strafrechtsverfolgung gegen die beteiligten Personen übergeben. Am 20. September teilte der Oberreichsanwalt mit, daß er die Verwertung des Materials im Untersuchungsausschuß zur Ermittlung der Ursachen und des Umfanges der März-Unruhen nicht gutheißen könne, da eine Geheimhaltung erforderlich sei. Unter dem 10. November gab dann der Oberreichsanwalt bekannt, daß nunmehr nach dem Stande des Verfahrens einer Verwertung des Materials keine Bedenken mehr entgegenständen.

Das Verfahren selbst ist **eingeleitet** und schwebt augenblicklich gegen alle Beteiligten. Da zu einer Durchführung die Immunität des Landtagsabgeordneten **Eberlein** aufgehoben werden muß, wird die Angelegenheit den Landtag beschäftigen. Man nimmt an, daß bereits in dieser Woche die Sache im preußischen Parlament zur Sprache kommt, nachdem sie schon in der letzten Sitzung angeschnitten worden ist.

Außerordentlicher Deutscher Hausbesitzertag

sh. Berlin, 30. Nov. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine beruft einen außerordentlichen Verbandstag für Sonntag, den 11. Dezember in das Lehrervereinshaus in Berlin ein, um dort durch den Landtagsabgeordneten Prof. Dr. **Brodt**-Marburg und seinen Vorsitzenden, den Justizrat Dr. **Baumert**-Spandau das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter einer Kritik unterziehen zu lassen. — Ferner wird Stadtrat **Humar**-München die Sozialisierung des Wohnungswesens und die Beteiligung des Hausbesitzes an der Kreditaktion für das Reich einer Besprechung unterziehen. Den Beratungen des Verbandstages geht am Tage zuvor eine Sitzung des Gesamtvorstandes im Hause des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in der Köthenerstraße voraus.

Neue Metallwährung in Rußland.

Die angekündigte russische Finanzreform auf Metallbasis wird nunmehr durch ein Dekret des Finanzkommissariats öffentlich bekanntgegeben, der sie für Anfang 1922 festsetzt. Es soll eine neue Notenausgabe vorgenommen werden, die durch alle Hilfsquellen der Sowjetrepublik garantiert ist. Das neue Papiergeld wird auf der Basis ausgegeben, daß ein Rubel der neuen Note 10 000 Rubeln des gegenwärtigen Papierwertes entspricht. Das neue Papiergeld soll gesetzmäßiges Zahlungsmittel im ganzen russischen Reiche sein und muß zu dem erwähnten Satze von allen Regierungskassen und Privatleuten angenommen werden. Es sind Maßregeln ins Auge gefaßt, zu verhüten, daß die alte Spekulation wieder einsetzt, die augenblicklich einen Goldrubel auf 70 000 Papierrubel gebracht hat. In dem Dekrete sind allerdings Einzelheiten noch offen gelassen.

Der Streit um die Beute.

England und Frankreich und die Reparationen.

w. **London**, 30. Nov. In ihrer letzten Note an die französische Regierung hat die britische Regierung die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Tatsache gelenkt, daß Frankreich das interalliierte Finanzabkommen vom 13. 8. noch nicht ratifiziert hat, in dem festgesetzt wurde, daß die Reparationssumme von einer Milliarde, die Deutschland am 31. 8. gezahlt hat, zu verteilen ist,

1. um die Kosten des Besatzungsheeres zu bestreiten und
2. um der Prioritätsforderung Belgiens Genüge zu tun.

In der Zwischenzeit ist diese Summe der belgischen Regierung ausgehändigt worden, die ihrerseits wieder einen großen Teil Großbritannien überwiesen hat, trotz eines Sonderabkommens außerhalb des Bereichs der Reparationskonvention.

Die Note weist darauf hin, daß von England nicht erwartet werden könne, daß es verschiedene andere Finanzabkommen ratifiziert, wenn Frankreich nicht das Uebereinkommen vom 23. 8. ratifiziere. Die britische Regierung ersucht auch um die Einzelheiten darüber, welche Schritte Frankreich zu tun gedenke, um die Interessen der übrigen Gläubiger Deutschlands zu schützen, wenn das Wiesbadener Abkommen in Kraft gesetzt werden sollte.

Im Zusammenhang damit, fährt die Reutermeldung fort, sei es interessant, daß sich Rathenau, auf den mit Loucheur zusammen das Wiesbadener Abkommen zurückzuführen sei, augenblicklich in London aufhalte und daß er wahrscheinlich eine Unterredung mit dem Reichskanzler haben werde. Trotzdem Rathenau augenblicklich kein offizielles Amt in der deutschen Regierung einnehme, sei man der Ansicht, daß sein Besuch mit dem Wiesbadener Abkommen zusammenhänge.

Soziales Leben.

Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Eine Aenderung ist in der Gesamtlage des Arbeitsmarktes gegenüber der Vorwoche nicht zu verzeichnen. Es besteht weiter Mangel an Facharbeitern. Dagegen ist ein genügendes, teilweise starkes Angebot an älteren, ungelernten männlichen Arbeitskräften, deren Unterbringung in geeignete Arbeitsstellen schwierig und nicht in allen Fällen möglich war. Für Frauentätigkeit war stellenweise ein Rückgang in der Nachfrage zu beobachten (Metallindustrie, vereinzelt auch in der Textilbranche). Versuche, das Angebot anderen Berufszweigen zuzuführen, scheitern meistens an dem Unterschied der Entlohnung zwischen Industrie und Hauswirtschaft.

Im **Bergbau** besteht im Siegener Bezirk weiter Bedarf an Hauern auf Eisenstein.

In der **Metallindustrie** ist die Lage fast unverändert. Facharbeiter werden dauernd verlangt. Die Heranziehung auswärtiger Fachkräfte war infolge Unterkunftsmangel meistens unmöglich. Im Lüdenscheider Bezirk besteht weiter Bedarf an Aluminium-Besteckschleifern und -Topfdrückern. Es mangelt ferner an ungelernten jugendlichen Arbeitskräften. Auch Maschinenarbeiterinnen werden hier verlangt. Verschiedenen Werken wurde die Genehmigung zur Ueberarbeit erteilt. Bestehende Lohndifferenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind durch Schiedsspruch des Reichskommissars beseitigt. Im Bezirk Hagen waren in Gevelsberg-Altenvörde Teilstreiks zu verzeichnen. Jüngere ungelernte Kräfte konnten gut untergebracht werden. Im Bezirk Münster hat die Nachfrage im allgemeinen nachgelassen. Schmiede, Bau- und Maschinenschlosser, Klempner und Installateure, Dreher und Elektromonteure wurden nur vereinzelt gesucht. Im Bezirk Dortmund ist, soweit bekannt geworden, der Streik bei der Dortmunder Union und beim Eisen- und Stahlwerk Hoesch seit Montag beendet. Es kann jedoch erst nach und nach in allen Betrieben wieder gearbeitet werden. Im Bezirk Aachen sind in der Emailleindustrie die Lohnverhandlungen eingestellt. Eine Einigung ist dahin erzielt worden, daß der Stundenlohn um 2 Mark erhöht wurde.

Wesentliche Ergänzungen des Angestellten-Versicherungsgesetzes

hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 19. November 1921 beschlossen. Das Gesetz sorgt in erster Linie dafür, daß den infolge Ueberschreitung der früheren versicherungspflichtigen Gehaltsgrenzen von 5000, 7000 und 15 000 Mark aus der Versicherungspflicht Ausgeschiedenen keine Nachteile hinsichtlich der erworbenen Ansprüche entstehen. Des weiteren wird bestimmt, daß die bei Lebensversicherungen versicherten Angestellten mit einem Einkommen zwischen 15 000 und 30 000 Mark, rückwirkend vom 1. August 1921 ab, von der Beitragszahlung zur Angestelltenversicherung befreit werden können, wenn ihre Versicherung vor dem 10. Juni 1921 beantragt worden ist und die Prämienzahlung bis spätestens 31. Dezember auf der im Gesetz vom 23. Juli 1921 festgelegten Beitragsanteil gebracht wird. Entsprechende Anträge sind bis 31. Januar 1922 an die zuständige Kartenausgabenstelle zu richten. Falls die Versicherungspflicht über 30 000 Mark hinaus ausgedehnt werden sollte, gilt die Befreiung nur solange, als das Einkommen den Betrag von 30 000 Mark nicht übersteigt. Alle zurzeit bereits laufenden Befreiungen verlieren nach dem neuen Gesetz ihre Gültigkeit, wenn die Prämienzahlung nicht ebenfalls bis zum 31. Dez. 1921 mit dem gegenwärtigen Angestelltenversicherungsbeitrage in Einklang gebracht ist. Diese Bestimmung stellt, wie uns der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) mitteilt, Hunderttausende von Angestellten vor die Wahl, entweder auf die zurzeit bestehende Befreiung zu verzichten oder nicht unbeträchtliche Nachversicherungen abzuschließen. Schließlich wird im Art. VI des Gesetzes der Versuch gemacht, die Bestimmungen über das Ruhen der Renten beim Zusammentreffen mit Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung den veränderten Geldwertverhältnissen anzupassen, ohne daß diese Regelung allerdings als befriedigend bezeichnet werden könnte.

Der Arbeitgeberverband der Straßenbahnen bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Wie uns zu Ohren gekommen ist, ist unter den streikenden Straßenbahnern in Essen das Gerücht verbreitet, daß die Entlöhnung nach Arbeitstagen u. a. nur den Zweck hätte, die bei der Pensionskasse für Beamte deutscher Privateisenbahnen erworbenen Rechte aufzuheben und die Pensionskasse vollständig auszuschalten.

Es wird hiermit erklärt, daß die Pensionskasse mit der Art und Weise der Löhnung nichts zu tun hat und eine Beseitigung der Pensionskasse in keiner Weise beabsichtigt ist.

Kleine Nachrichten.

w. **Aachen**, 30. Nov. Das **Aachener Wuchergericht** verurteilte einen Kleinhändler wegen **Verkaufs von Eiern an Belgier** zu vier Monaten Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe. Mehrere andere Personen wurden wegen ähnlicher Vergehen zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt. In Harlen sind Eier mit 23 Mk. das Stück verkauft worden.

w. **Stettin**, 30. Nov. Die Oder und das Stettiner Haff führen **Treibeis**. In der Umgegend von Berlin fiel gestern das Thermometer auf 10 Grad Kälte.

w. **Palermo**, 30. Nov. Das **Militärgericht** bestätigte die **Verurteilung des kommunistischen Abgeordneten Misiano** zu 10 Jahren Zuchthaus wegen Fahnenflucht während des Krieges. Das Publikum rief bei der Verkündigung des Urteils: Es lebe Italien, es lebe die Armee!

w. **Rom**, 30. Nov. **Der Streik der Buchdrucker** ist beendet. In ganz Italien werden die Buchdrucker mittags die Arbeit wieder aufnehmen. Die Zeitungen werden nachmittags wieder erscheinen.

Kunst und Wissen.

Stadttheater.

„Die Ratten", Gerhart Hauptmanns Berliner Tragikomödie, kam gestern abend in der von Ernst **Walther-Kottenkamp** besorgten Einstudierung zur Bochumer Erstaufführung. Das düstere Bild krassesten Naturalismus' hatte einen vorzüglichen Rahmen; gespielt wurde von den Hauptdarstellern mit einer Hingabe, die dankbare Anerkennung fand. Wir kommen auf die Aufführung zurück.

gt. Schulz-Dornburg als Chordirigent in Witten. Der Wittener Musikverein eröffnete seine neue Konzertreihe mit einer Wiedergabe der **Haydn**schen Jahreszeiten unter der erstmaligen Führerschaft von Kapellmeister **Rudolf Schulz-Dornburg**-Bochum. Gewiß kein leichtes Unterfangen! Vom Standpunkt der künstlerischen Erziehung des Chores betrachtet, erwies sich die Anfangsleistung als höchst erfreulich. Mit einem so leistungsfähigen Singkörper, der in der Tradition Qualitätsarbeit leistete, läßt sich wohl gut musizieren. Durchgehend weiche Stimmen, was beim Tenor besonders in die Wagschale fällt, allerwegen reine Intonation, eine vorsichtig saubere Behandlung der Sopranhöhenlage, unbedingte rhythmische Straffheit, bezeistertes Mitgehen bei Temporückungen und verständnisvolle klare Gliederung des Stoffes kündeten von viel Ernst beim Studium des köstlichen Werkes. So konnten die großen Chorfugen in wirkungsvoller Steigerung wuchtig erstehen. Besonders glänzend gelangen der Jäger- und Winzerchor, denen Schulz-Dornburg in frischem drängenden Zeitmaß äußerste Lebendigkeit sicherte. Gelegentlich des Vortrags zarter Partien ließen es die Stimmen auch nicht an dynamischen Differenzierungen fehlen. **May Fiedler** (Hannover), welche die umfangreiche Sopranpartie des Hannchen sang, fand hier Gelegenheit, alle Reize einer sorgfältigen gesanglichen Feinarbeit vor den Hörern auszubreiten, und vereinte quellenden Wohllaut mit erlesenem Geschmack. **Hans Depser**, der Münchener Tenor, stand bewußter in den Partien, die zu dramatischer Frische aufforderten. Für die ein ein ausdrucksvolles Piano verlangenden Naturschilderungen gab die mühelos ansprechende Stimme nach meinem Empfinden nicht genug poetische Färbung her. **Hans Schulz-Dornburg** (Leipzig), der sich als Simon gleich den beiden anderen Solisten im Reiche des figurierten Gesanges heimisch fühlte, entledigte sich seiner Aufgabe sinngemäß, allerdings zeitweise frei in der Textwiedergabe. Das städt. Orchester aus Bochum hielt sich sehr wacker, besonders die Holzbläser erfreuten durch mancherlei zierliche Feinheiten, in geschmackssicherer Phrasierung. R. Schulz-Dornburgs rassige Art, die in dem großen Klangapparat kaum eine starke Belastung erfuhr, konnte das allzeit junge Werk zu voller Entfaltung seiner Schönheiten bringen. Unverzeihlich waren während der Volksaufführung Kälte und Rauch im Konzertsaal, die einen leichten Schleier über die Stimmen der Solisten zu legen drohten.

* **Der Schustergeselle als Dr. phil.** An der Prager deutschen Universität wird eine interessante Promotion stattfinden. Adolf **Fischer** aus dem Egerlande, der ehemalige Schustergeselle, wird zum Doktor der Philosophie promoviert. Mit zwanzig Jahren trat er in die sechste Klasse des Gymnasiums in Kremsmünster ein. Durch den Krieg erfuhr sein Studium eine Unterbrechung. In russischer Gefangenschaft studierte er namentlich Sprachen, deren er sieben beherrscht. 1918 flüchtete er aus Rußland, legte die Matura ab und besuchte die Prager philosophische Fakultät.

Handel und Industrie.

Rückgang der Devisenkurse.

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Auf dem Devisenmarkt zeigte sich gestern nachmittag große Zurückhaltung. Die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel erfuhren teilweise einen weiteren Rückgang gegenüber den Berliner Mittagskursen. Abends wurden genannt: **Holland 8500—8700, Paris 1650—1700, Brüssel 1600—1650, London 970—975, Newyork 240—245, Schweiz 4600—4650.**

Amtliche Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen	29 November Geld	29 November Brief	30. November Geld	30. November Brief	höchst bish. G	Münzparität
Holland 100 L.	9840.1[illegible]	9859.85	8691.80	8708.70	[illegible]089.4	168.74
Belgien 100 Fr.	1813.15	1816.85	16[illegible]8.30	1631.65	174.80	81.
Norwegen 100 Kr	3946.05	3953.95	3471.50	3478.50	4850.70	112.50
Dänemark 100 Kr	5119.30	5130.15	4495.50	4504.50	5544.4	112.50
Schweden 100 Kr	6488.50	6501.50	5744.25	5755.75	6843.15	112.50
Italien 100 Lir	1138.80	1140.15	994.—	996.—	1273.80	81.
England 1 £	1098.90	1101.10	974.—	976.—	1178.80	20.43
Amerika 1 $	275.97	276.53	244.75	245.25	309.69	4.2
Frankreich 100 Fr.	1910.55	1914.45	1698.30	1701.70	2287.75	81.—
Schweiz 100 Fr	5284.70	5294.30	4654.65	4654.65	5744.25	81.—
Spanien 100 Pes.	3828.65	3836.35	3346.65	3353.35	4165.80	81.—
Disch.-Oest. 100Kr.	7.22	7.27	7.18	7.1	—.—	85.06
Tsch.-Slow. 100Kr.	293.70	294.30	257.70	258.30	324.65	85.05
Ungarn 100 Kr	34.71	34.79	32.76	34.64	—.—	85.—

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für
Kohlenwerte

Name	Käuf.	Verk.	Name	Käuf.	Verk.
Adler-Aktien	780	89[illegible]	Graf Schwerin	50000	65000
Admiral	54000	60000	Heinrich	145000	165000
Alte Hause	—	—	Helene & Amalie	—	—
Blankenburg	52000	60000	Johann Deimelsberg	140000	160000
Carl Friedrich	3500	4000	König Ludwig	—	790000
Caroline	67000	83000	Langenbrahm	20000	30000
Carolus Magnus	190000	1 0[illegible]0	Lothringen Akt.	140[illegible]	1[illegible]50
Constantin d. Gr.	72500	72500	Mansfeld	29250	30500
Diergardt	12300	13000	Moers	8350	88000
Ewald	72000	80000	Neopel	—	—
fr. Vogel u. Unverh.	—	—	Schlarb. & Charlottb.	—	170000
Fröhl. Morgensonne	—	20000	ver. Trappe	41000	45000
Glückaufsegen	100000	10[illegible]000	Trier	90000	—
Gottessegen	63000	80000	Wilhelmine Mevissen	118000	123000
Graf Bismarck	—	325000			

Braunkohlenwerte

Brackdorf-Nienleb.	—	135000	Michel	130000	145000
Düren	—	—	Obersassegen	14500	16500
Gute Hoffnung	—	78000	Venus	88000	100000
Leonhardt	130000	14500[illegible]	Zukunft Akt.	1310[illegible]	1350

Kaliwerke

Alexandershall	—	150000	Hindenburg	—	148000
Asse	68000	70000	Hüpstedt	44000	47000
Benjamin-Massegen	—	133000	Johannashall	6[illegible]00	80[illegible]
Burbach	16[illegible]000	18[illegible]000	Kaiserode	14 60[illegible]	17[illegible]000
Carlsfund	45000	50000	Königshall	3[illegible]0	45000
Carlshall	43000	3950[illegible]	Marie	24000	35500
Desdemona	5000[illegible]	6[illegible]000	Marie-Luise	2400[illegible]	3[illegible]000
Einigkeit	8[illegible]0	60000	Max	2[illegible]000	28000
Ellers	47 00	50000	Meinershausen	1[illegible]000	12[illegible]0
Felsenfest	4650	49[illegible]	Neurode	2[illegible]00	3[illegible]00
Friedrichroda	39[illegible]0	43000	Neustaßfurt	190000	2[illegible]500
Fürstenhall	60000	67000	Obernot	—	42000
Gehra	—	70000	Prinz Eugen	—	—
Glückauf-Sondersh.	170000	18000	Ransbach	30[illegible]00	33000
Großh. Wilh. Ernst	—	3[illegible]000	Reinhardsbrunn	25[illegible]0	28[illegible]00
Günthershall	47000	50[illegible]0	Rothenberg	13[illegible]00	14500
Hattorfershall	82[illegible]0	35[illegible]0	Salzmünde	1[illegible]200	60[illegible]0
Hansa-Siegfried	89[illegible]0	9[illegible]400	Siegfried I	58[illegible]0	62000
Heiligenroda	13[illegible]000	15000	Siegfried Giesen	17[illegible]0	23[illegible]00
Heinboldshausen	—	2300	Thüringen	26[illegible]0	28[illegible]0
Herta	2500	28[illegible]0	Volkenroda	80[illegible]	9[illegible]00
Beringen	40000	4500[illegible]	Walbeck	52[illegible]0	60000
			Wilhelmshall	100000	110000
			Wintershall	85000	95000

Kali-Aktien

Adler Stamm-Akt.	650	670	Krügershall-Akt.	740	800
Hallesche Kali-Akt.	1000	110[illegible]	Sonneberg-Akt.	—	—
Heldburg-Akt.	89[illegible]	9[illegible]0	Salzdethfurt-Akt.	—	—
Justus-Akt.	—	—	Siegmundshall-Akt.	—	—

unnotierte Werte

BeckerStahlw.-Akt.	780	820	Eisenh. Westfalia	145[illegible]	1500
Benz alte Akt.	900	910	Jaibach M.-Akt.	540	580
Benz junge Akt.	900	910	Kabelw.-Rheydt	1600	1630
Brückh. Flend.-Akt.	1040	1050	Ludwig Gaaz	810	840
Deutsch. Masch-Akt	—	—	Lambertz & May	—	—
Dort. Ritterbrau. A.	825	—	Rh.-W. Elekt.-Akt	880	880
Eilenwerke-Akt.	88[illegible]	87[illegible]	Werdinger Wag.-A.	1580	1610
			Rh.-W. Schachtbau	—	—

p. **Kölner Lederbörse, Köln,** 30. Nov. Die Käufer zeigten sich zurückhaltend; die Preise waren gut behauptet. Angeboten waren: eichenlohgegerbtes rheinisches Sohlleder in Hälften 165—173, Sohlleder in Hälften 150—165, Sohlleder in Kernstücken 220—240, Rindleder, Kernstücke, kurz geschnitten, 320—340, alles für ein Kilo; Rindbox 55—60, Boxkalf, schwarz, 75—85, für ein Quadratfuß.

p. **Kölner Börse für Häute und Felle. Köln,** 30. Nov. Die Haltung war abwartend. Es notierten: große Viehhäute 23—30, große Felle 28 bis 33, Kalbfelle 52—60, alles für 1 Pfund; Ziegenfelle 200—250, Roßhäute, bis 210 Zentimeter, 500—600, Roßhäute, über 220 Zentimeter, 900—1000, Fohlenfelle 250—300, Hasenfelle 25 bis 30, Kaninchenfelle 25—30 Mark, alles für ein Stück.

Neue Eisenpreise. In der Sitzung des Roheisenausschusses des Eisenwirtschaftsbundes wurden Preiserhöhungen beschlossen. Demnach stellen sich die neuen für den Monat Dezember als Höchstpreise geltenden Verkaufspreise wie folgt: Hämatit 3891 Mark, cu-armes Stahleisen 3566 Mark, Gießerei-Roheisen I 3326 Mark, Gießerei-Roheisen III 3250 Mark, Gießerei-Roheisen, Luxemburger Qualität, 2753 Mark, Ferro-Mangan, 80 prozentiges, 11 750 Mark, Ferro-Mangan, 50 prozentiges, 9200 Mark, Ferro Silicium 4500 Mark, Tempert-Roheisen 3300 Mark. Die Preiserhöhungen sind bedingt durch die ganz erhebliche Verteuerung des Kokses, durch die weitere Verteuerung der ausländischen Erze infolge der ständig fortschreitenden Entwertung unserer Währung (eine schwedische Krone = 65 Mark gegen 37 Mark am Tage der letzten Preisfestsetzung), durch die Preissteigerung der Inlandserze, sowie endlich durch die Lohnsteigerung und die am 1. Dezember in Kraft tretende 50 prozentige Frachterhöhung.

p. **Hansa, Rheinische Immobilienbank A.-G. Düsseldorf.** Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 6 auf 12 Millionen.

* **Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Langenbrahm in Essen.** Der Grubenvorstand macht in einem Rundschreiben an die Gewerken Mitteilung über die kürzlich erfolgte Bildung einer Schutzvereinigung von Langenbrahm-Gewerken. Der Vorstand fordert die Gewerken auf, sich dieser Vereinigung anzuschließen, der in der erwähnten Versammlung sich bereits 37 Gewerken mit etwa 300 Kuxen angeschlossen hatten. Der Vorstand begründet dieses Vorgehen mit den seit längerer Zeit immer bestimmter auftretenden Gerüchten über den bevorstehenden Ankauf von Langenbrahm durch ein der Zeche fernstehendes Bergwerksunternehmen, sowie damit, daß das anscheinend günstige Kaufangebot (gemeint ist das gerüchtweise verbreitete Angebot von Adler, das diese Verwaltung allerdings dementiert, von 50 Adler-Aktien für 1 Kux Langenbrahm) dem inneren Wert von Langenbrahm nicht entspreche.

Kommerz- und Privatbank A.-G. Hamburg. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 150 auf 350 Millionen Mark. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1921 dividendenberechtigt. Die jungen Aktien werden von einem Konsortium übernommen, welches 66 660 000 Mark den alten Aktionären zum Kurse von 250 Prozent anbieten wird. Auf je 3000 Mark alte Aktien entfällt eine neue Aktie. Die restlichen 83 334 000 Mark sollen dem Konsortium zum Kurse von mindestens 250 Prozent übernommen werden. Die Bank soll zu einem erheblichen Teil an dem Gewinn aus der Begebung beteiligt werden. Der Vorsitzende begründete den Antrag auf Kapitalserhöhung mit der Inflation des Geldmarktes und der Ausdehnung der Geschäfte der Bank. In Ergänzung hierzu wurde von der Verwaltung mitgeteilt, die Bank habe enorme und stets steigende Umsätze. Trotz der gewaltig gestiegenen Spesen und Gehälter dürfe das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres zufriedenstellend sein.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Tagung der Deutschen Volkspartei.

Dr. Hugo und Dr. Boelitz über die Lage.

—* **Stuttgart,** 30. Nov. (Eigener Drahtbericht.) In der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei führte Abg. Dr. Hugo in seinem Referat über die politische Lage aus, die grundlegende Tatsache, ohne die man keine Politik treiben kann, ist

der Druck der Gewalt, der von außen auf Deutschland ruht.

Im Mittelpunkt unserer Politik muß das Streben stehen, diese Gewalt zu beseitigen und Deutschland wieder aktionsfähig zu machen, sodaß es wieder Schmied seines eigenen Schicksals sein kann. Dies wird nicht eher kommen, als bis die große Forderung unserer Partei erfüllt ist, die

Revision der Verpflichtungen, welche die deutsche Regierung der Entente gegenüber eingegangen ist.

(Lebhafte Zustimmung.) Von deutscher Seite aus scheint es mir notwendig, den bündigen und klaren Nachweis zu erbringen, daß

die Last, die man uns auferlegt hat, unerfüllbar

ist, und daß die Politik der Erfüllung eine Illusion ist! Wir müssen offen aussprechen, daß die Tatsachen die Unerfüllbarkeit dieser Politik erwiesen haben und zwar viel schneller, als wir selbst es glaubten. Wir müssen deshalb fordern, daß auf Grund des Artikels 231 des Friedensvertrages eine Revision eintritt, da Deutschland nicht in der Lage ist, das Geforderte zu leisten. Leider läßt es die Regierung in der auswärtigen Politik an der nötigen Initiative fehlen. Wir vermissen es auch, daß die Regierung nicht in scharfer Weise sich

gegen die unsinnige Besetzungspolitik

gewehrt hat, die uns zu den unproduktivsten Ausgaben zwingt. Wir vermissen es weiter, daß sie nichts unternimmt, um den

Beweis gegen die Schuldlüge

zu führen. Dr. Hugo berührte in diesem Zusammenhange die Frage der Aufbringung weiterer Goldzahlungsmittel für die nächsten Raten und in Verbindung damit

die Kreditaktion der Industrie.

Es sei die Frage, ob man nicht alles versuchen müsse, um die französische Exekutive aufzuhalten und damit neue Entwicklungsmöglichkeiten für die deutsche Sache zu schaffen. Dr. Hugo betonte, daß die Kreditaktion der Industrie keine Sache der Partei sei, und daß die Deutsche Volkspartei für keine Kundgebung des Reichsverbandes der Industrie verantwortlich sei. Man müsse aber die Kreditaktion als mögliches Mittel betrachten, die sofortige Anwendung von Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Selbst wenn diese erfolgten, so habe sie trotzdem politisch gestaltende Kraft, insofern, als aller Welt dadurch vor Augen geführt werde, daß Deutschland wirtschaftlich unmöglich in der Lage sei, die geforderten Verpflichtungen zu erfüllen. Wir können nicht die Revision verlangen, solange wir nicht den ernsten Willen beweisen, unsere Wirtschaft im Innern in gesunde Bahnen zu lenken. Es ist das Verdienst des Reichsverbandes der deutschen Industrie, daß er auf die Notwendigkeit hingewiesen hat,

unsere Staatsbetriebe

zu sanieren. Im übrigen stehen Form und Inhalt seiner Kundgebung hier nicht zur Debatte, da die Deutsche Volkspartei dafür keine Verantwortung trägt. Wir können uns darauf beschränken, daß es für uns eine absolute Selbstverständlichkeit ist, daß

das Recht der Beamtenschaft durch eine etwaige Umstellung der Reichsbetriebe in keiner Weise beeinträchtigt

werden darf und daß dabei auch das öffentliche Interesse gegen etwaige Privatinteressen gewahrt werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß unterstrichen werden, daß

die politische Zweckmäßigkeit der sogenannten großen Koalition

für uns nur gegeben ist, wenn die Deutsche Volkspartei innerhalb der Regierung eine genügend starke Möglichkeit zur Ausübung ihres politischen Einflusses besitzt. Es ist auch notwendig, auszusprechen, daß die Deutsche Volkspartei von sich aus gar keine Veranlassung hatte, bei der Frage der Koalitionsbildung die Deutschnationale Volkspartei auszuschalten (Lebhafte Zustimmung). Das Gegenteil ist richtig! Es war aber bisher unmöglich, die Zustimmung der Sozialdemokraten der Demokraten und auch des Zentrums zur Einbeziehung der Deutschnationalen zu erhalten.

Minister Dr. Bölitz sprach über die Notwendigkeit der großen Koalition, die von der gesamten Fraktion gefordert worden sei und die nicht an persönlichen Fragen scheitern dürfe. Jede der Parteien sei sich bewußt, daß sie bei der praktischen Durchführung in einer Anzahl von Fragen Opfer bringen müsse. Grundsätze brauche dabei keine Partei aufzugeben. Inbezug auf die Schule führte Dr. Bölitz aus,

der Aufbau der Schulen

solle sich im Einvernehmen mit der Reichsverfassung vollziehen. Es werde auch in Zukunft Simultanschulen und konfessionelle Schulen geben müssen. An der unbedingten Garantie des religiösen Geistes in der Erziehung werden wir mit allen Mitteln festhalten. Der Entschluß ist nicht leicht geworden, aber nachdem der Ruf an uns ergangen war, wäre es eine Feigheit gewesen, in diesem Augenblick nicht an die Stelle zu treten, auf die uns das Vertrauen unserer Fraktion stellen wollte.

Nach eingehender Aussprache wurde eine Kundgebung an die Reichstags- und an die preußische Landtagsfraktion gerichtet. Abends fand eine Begrüßungsfeier statt.

Der Bolschewismus in Portugal.

w. **London,** 30. Nov. Die „Times" erfährt, **daß die Lage in Portugal sehr ernst geworden sei und daß der Bolschewismus sich über das ganze Land verbreite.** Die Konservativen und die gemäßigten Parteien erklärten, sie seien nicht in der Lage, der extremistischen Bewegung Herr zu werden. Die meisten Gesandten der ausländischen Mächte haben, der „Times" zufolge, viele Briefe erhalten, in denen ihr Leben bedroht wird. Der „Times" zufolge wird die Frage einer ausländischen Intervention in Form eines Mandats jetzt von den Mächten ernster erwogen. Frankreich, Italien und Spanien sollen in Frage kommen zugunsten einer Lösung der augenblicklichen Krisis.

w. **Dortmund,** 30. Nov. Heute fand eine Konferenz der Betriebsräte der 43 rheinisch-westfälischen Straßenbahnen statt, auf der auch der Deutsche Transportarbeiterverband, der Christliche Transportarbeiterverband und der Metallarbeiterverband vertreten waren. Es wurde beschlossen, dem Arbeitgeberverband neue Lohnforderungen zu unterbreiten. Die Lohnforderungen stehen auf folgender Grundlage: Bezahlung nach Kalendertag, Erhöhung der Stundenlöhne für das Werkstättenpersonal um 4 Mark und entsprechende Uebertragung auf das Fahrpersonal. Voraussichtlich dürften die Verhandlungen Anfang nächster Woche vor dem Reichskommissariat in Dortmund stattfinden. Weiter wurde beschlossen, die streikenden Essener Straßenbahner durch finanzielle Mittel in ihrem Kampfe zu unterstützen.

bb. **Berlin,** 30. Nov. **Laut Berliner Zeitung am Mittag beträgt der durch den zehnstündigen Elektrizitätsarbeiterstreik bis gestern nachmittag entstandene Schaden fünf bis sechs Millionen Mark.**

w. **Berlin,** 30. Nov. Wie der Allgemeine Verband Deutscher Bankangestellten mitteilt, finden die neuen Reichstarifverhandlungen im Bankgewerbe am 6. Dez. im Reichsarbeitsministerium statt.

bb. **Berlin,** 30. Nov. Wie das „Tageblatt" meldet, wurden in Timmendorf in Reuß durch ein Großfeuer fünf Bauerngehöfte mit Wohnhäusern und Scheunen vollständig eingeäschert. Große Erntevorräte wurden vernichtet. Das Feuer wurde auf Brandstiftung zurückgeführt.

bb. **Liban,** 30. Nov. Räuber erstachen auf einem Gehöft in der Nähe von Paulshafen die aus vier Personen bestehende Besitzerfamilie und steckten beim Verlassen des Gehöftes das Wohngebäude und die Ställe in Brand.

TU. **Paris,** 1. Dez. Nachdem die Geschworenen fast sämtliche 48 Fragen, die ihnen gestellt waren, bejaht hatten, wurde der Frauenmörder Landrou zum Tode verurteilt.

w. **London,** 30. Nov. Nach einer Meldung aus Newyork ist ein Theaterbau in Brooklyn eingestürzt. Man glaubt, daß 25 Arbeiter ihren Tod fanden.

Amtlicher Wetterbericht.

Ueber Mitteleuropa fällt der Luftdruck unter dem Einfluß eines kräftigen Tiefs südwestlich von England. Dieses scheint jedoch in der Hauptsache südlich von uns vorüberzuziehen.

Aussichten für Donnerstag und Freitag:

Vorerst noch trocken, später vereinzelt leichte Niederschläge, Frost an Stärke weiterhin nachlassend.

Die Reparations- und Valuta-Fragen.

Das Moratorium?

w. **Paris,** 1. Dez. **Der Londoner Berichterstatter des „Temps" weist darauf hin, daß die britische Regierung sich der Meinung von Lord Bradbury, des Vertreters in der Reparationskommission, angeschlossen zu haben scheint, Deutschland nach der ersten oder zweiten Reparationszahlung ein Moratorium von 2 oder 3 Jahren zu gewähren. Der Korrespondent weist auf die Artikel 233 und 234 des Friedensvertrages hin und auch auf § 13 Absatz 2 des Teiles 8 der Reparationen, um festzustellen, daß für ein Moratorium dieser Art nicht die Einstimmigkeit der Reparationskommission, sondern nur ein einfacher Mehrheitsbeschluß erforderlich ist.**

Die Konferenz der Entente-Bankiers.

w. **Newyork,** 30. Nov. (Funkspruch.) Die Federal Reserve Bank wird wahrscheinlich inoffizielle beratende Teilnehmer zu der Konferenz von Bankiers der Entente entsenden, die in Paris oder in London die Frage erörtern wird, wie im Zusammenhang mit den deutschen Reparationszahlungen die steigenden Valutaschwankungen zu verhindern sind. Amerika wurde von den Entente-Bankiers eingeladen, sich an der Konferenz zu beteiligen.

w. **London,** 30. Nov. Reuter meldet aus Washington, die amerikanische Regierung erwäge die Frage der Vertretung durch einen Beobachter in den Sitzungen des geplanten internationalen Ausschusses von Bankiers, der vielleicht von der Reparationskommission eingesetzt wird.

Konferenzen in London.

w. **London,** 30. Nov. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Im Hinblick auf die Tatsache, daß die britische Regierung daran sei, die gesamte Reparationsfrage im Lichte der augenblicklichen chaotischen finanziellen Verhältnisse zu erörtern, fand gestern nachmittag im Schatzamt eine Konferenz der Sachverständigen statt, die über drei Stunden dauerte. Daran nahmen u. a. teil der Schatzkanzler, der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, und Sir James Bradbury. Ein vom letzteren verfaßter Bericht wurde eingehend erörtert. Wie verlautet, wurden gewisse Vorschläge entworfen, die dem Kabinett vorgelegt werden sollen. Die „Times" berichtet, daß d'Abernon gestern mit Lloyd George zusammengetroffen sei.

Die Washingtoner Konferenz.

Die Flottenfrage.

w. **Paris,** 30 Nov. Der Sonderberichterstatter des Matin in Washington berichtet, Viviani übermittelte dem Staatssekretär Hughes die Forderungen Frankreichs bezüglich seiner Flotte. Frankreich verlange 300 000 Tonnen Großschiffe, die fast ausschließlich leichte und schwere Kreuzer seien, und 90 000 Tonnen Unterseeboote. Italien wolle ähnliche Forderungen stellen und wolle Briands Verlangen unterstützen. Die Ansicht werde vertreten, daß in ungefähr drei Wochen die Konferenz ihre Arbeiten in großen Zügen beendet.

w. **Paris,** 30. Nov. Der Korrespondent des Petit Parisien im Haag will erfahren haben, daß die niederländische Delegation in Washington inbezug auf die U-Boote eine ähnliche Auffassung wie die der französischen Delegation vertrete und erkläre, sie könne sich auf eine zu große Beschränkung nicht einlassen.

Die alliierten Schulden.

w. **London,** 30. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington erklärte Harding auf eine Anfrage betreffend die Vorschläge Vanderlips, die Vereinigten Staaten beabsichtigen, die Frage der alliierten Schulden und deren Bezahlung jetzt nicht anzuschneiden. Auch von irgend einer anderen Regierung wurde die Frage nicht zur Sprache gebracht. Nur in Blättern hätten aus Europa kommende Persönlichkeiten sie besprochen.

Feststellung eines Franzosen bei der Besichtigung deutscher Werke.

w. **Paris,** 30. Nov. Der Sonderberichterstatter des Peuple, der die von den deutschen Gewerkschaften eingeladene Delegation der Genfer Arbeitskonferenz auf der Reise durch Deutschland begleitet, teilt seinem Blatte aus Erfurt die Feststellungen der Delegation unter der Arbeiterschaft der in Betracht kommenden Deutschen Werke mit. Alle hätten die gleiche Sprache geführt, welcher Partei sie auch angehörten; von allen habe er den gleichen Willen bekunden hören,

Am Sonntag sind die Geschäfte von 11—6 Uhr geöffnet.

Unsere gesch. Inserenten werden gebeten, uns

größere Anzeigen

für die Samstag-Ausgabe

möglichst frühzeitig zukommen zu lassen, damit wir auf die Satzherstellung die nötige ..... Sorgfalt verwenden können. .....

Geschäftsstelle des „Märkischen Sprechers".

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner. für Feuilleton und Lokales: Willi Bindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Th. Fossen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Weihnachtsmesse

Emil Etzemüller

Seidenkleider

Seidenkleid aus gut. Paillette, mit farbiger Steppere und Handhäkelei 395.00

Seidenkleid aus schwerem Paillette, mit reicher Stickerei, moderne Form 435.00

Seidenkleid in allen modernen Farben, fesche Form, mit Fransengürtel 525.00

Seidenkleid aus gutem Crepe de Chine, mit Handstickerei 550.00

Wollkleider

Wollkleid mit farbigen Streifen und Falten-Garnitur 145.00

Wollkleid aus reinwollenem Cheviot, mit farbiger Stickerei .. 185.00

Wollkleid aus reinwollenem Kammgarn, mit Karo-Stepperei und Paspel 325.00

Wollkleid aus Twill, mit Stickerei und Silber-Knöpfen, sehr fesche Form 375.00

Besonders vorteilhafte Damen-Konfektion

Morgenröcke

Morgenrock aus gutem Flausch, mit farbigen Aufschlägen und Gürtel, in vielen Farben 165.00

Morgenrock aus guten Flauschstoffen, in vielen Farben, Ton in Ton gehalten 198.00

Morgenrock aus gutem Flausch, mit Frise-Stickerei 245.00

Morgenrock besonders reich bestickt, mit farbiger Paspelierung 295.00

Wollblusen

Wollbluse aus gutem Foule, mit farbiger Stepperei und Handhäkelei, 98.00

Wollbluse aus gutem Popeline, mit reicher Stickerei, hübsche Form . 125.00

Wollbluse aus reinwollenem Gabardine, mit Tressen-Garnierung, Jumper-Form 150.00

Wollbluse aus reinwollenem Popeline, mit Stepperei verziert .. 175.00

Seidenblusen

Seidenbluse aus Paillette, mit Frise-Stickerei und Handhohlsäumen 125.00

Seidenbluse aus Paillette, mit Stickerei und Handhäkelei ... 150.00

Seidenbluse aus gutem Paillette, besonders reich bestickt .. 175.00

Seidenbluse aus modernem Schotten, hübsche Hemdform 198.00

Im ersten Stock: Unsere erste große Sonder-Ausstellung „Bücher und Jugendschriften".

Bei mehreren Einkäufen bitten wir ein Sammelbuch zu benutzen, da alsdann nur an einer Kasse zu zahlen ist. Sammelkasse im Erdgeschoß.

Gebrüder Alsberg Bochum

Aktiengesellschaft



Merken Sie sich

das

Bochumer Hosenhaus

A. Kurze, Hernerstraße 6.

Haltest. Kortländer Linie 2 u. 6. Tel. 2185.

Weinbrand, Rum, Liköre kaufen Sie gut u. preiswert bei

Albert Janzik, Maarbrückerstr. 12.

Große Posten **evangelische Gesangbücher** angekommen.

Dauerhafte und vornehme **Lederleinbände.**

Name wird gratis eingedruckt.

Noch keine erhöhten Preise

Mummelheysche Centralbuchhandlung

Bochum, Obere Marktstr. 31

Telefon 3965

Silberstöcke
Silbertaschen
Cigaretten-Etuis

Aparte Muster. Vorteilhafte Preise.

Paul Schrader

Goldschmiedemeister

Ecke ABC- und Humboldtstraße.



Wecker

zu billigst. Tagespreisen

Riesige Auswahl

Schriftliche Garantie

Großes Lager

Uhren-Rave

Bongardstr. 28 Telefon 2593

Reparatur-Werkstatt mit elektr. Antrieb.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Damen- und Herrenwäsche

kauft man gut und billig bei

Ww. Lautz-Hoffmann,

Hattinger Straße 29.

Rudolf Hess

Inhaber Arnold Hess

Anfertigung eleganter

Herren- u. Damenmoden

unter Garantie für tadellosen Sitz und prompte Bedienung zu billigsten Preisen.

Maarbrückerstraße 17 Maarbrückerstraße 17

Preiswerte Pelzwaren

in allen Fellarten.

Reparaturen werden in kürzester Zeit gut u. billig in eigener Werkstatt ausgeführt.

K. Bessmann & Co. Im Handelshof.

Puppen-Klinik

Zum Puppendoktor

Knaufs Damenfrisiersalon

20 Königstr. 20

repariert

ständig Puppen

Trauringe

massiv Gold

Jede Preislage und Form stets vorrätig.

Heinr. Schweers

Goldschmiedemeister

Bochum Wilhelmstr. 13

Bei Blutarmut

Schwäche und Appetitlosigkeit

nehmen Sie den echten

Wörishofener Blutsaft

für schwache und kränkelnde Frauen besonders zu empfehlen.

Gr. Flasche 2.5.- Mk., ½ Flasche 1.5.- Mk.

Allein echt im

Wörishofener Kräuterhaus

Bochum, Viktoriastraße 3.

Klavier-Geldschrank-

Transport oder allmitellen besorgt

Heinrich Pardon, Hermannshöhe 2a. Tel. 2189